

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3397 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 06.06.2012

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am Mittwoch, 13. Juni 2012, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.05.2012

2. 12-F-03-0088

Ortsübliche Vergütung und Mindestlohn in der Pflegebranche -Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2012-

Laut dem Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungsgesetz - PNG) beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung in § 72 Absatz 3 des Elften Sozialgesetzbuchs (SGB XI). Danach soll die bislang geltende Regelung zur Koppelung des Abschlusses eines Versorgungsvertrages für Pflegeeinrichtungen an die Zahlung einer ortsüblichen Vergütung für die Beschäftigten nicht mehr gelten, sofern für die Beschäftigten eine Verordnung über Mindestentgeltsätze aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes greift. In der Pflegebranche ist dies die Regelung zum sog. Pflegemindestlohn. Dieser gilt seit dem 1. August 2010 und ist in der Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche (Pflegearbeitsbedingungenverordnung - PflegeArbbV) geregelt.

Diese Gesetzesänderung könnte Auswirkungen auf die Gehaltsstrukturen im Pflegebereich und auf die Attraktivität der Pflegeberufe haben. So kritisiert beispielsweise die

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 13. Juni 2012

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. Februar 2012: "Streit um Pflege-Mindestlohn"), Arbeitgeber könnten durch die geplante Neuregelung versucht sein, die Löhne zu drücken.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1. Wie viele Beschäftigte könnten in Wiesbaden von der Neuregelung in Form von Lohneinbußen betroffen sein?
- 2. Wie hoch wären die durchschnittlichen Gehaltseinbußen für die betroffenen Beschäftigten absolut und prozentual?
- 3. Wie haben sich die Reallöhne im Pflegebereich, differenziert nach Qualifikationen, in den vergangenen fünf Jahren pro Jahr durchschnittlich entwickelt
- 4. Wie viele Beschäftigte sind seit dem Inkrafttreten des Pflegemindestlohns im Pflegebereich pro Jahr tätig gewesen, und wie viele erhalten seither eine Vergütung in Höhe des sog. Pflegemindestlohns im Sinne der PflegeArbbV (differenziert nach Qualifikationsniveau sowie nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen)?
- 5. Wie hoch ist die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in der Pflegebranche, die in den vergangenen fünf Jahren aufstockendes Arbeitslosengeld II beantragen mussten, um das Existenzminimum zu decken bzw. zusätzlich einen Minijob ausüben mussten, um ein angemessenes Gehalt zu erreichen?
- 6. Der Fachkräftebedarf wird künftig steigen, gleichzeitig wird die Fachkräftelücke in der Pflegebranche in den kommenden Jahren größer werden. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Wiesbaden, um die Attraktivität von Pflegeberufen zu erhöhen?

3. 12-F-03-0087

Prüfberichte der Wirtschaftlichkeit der Freien Bühnen Wiesbadens -Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.06.2012-

Der Magistrat (Dez. V) verfügt bereits seit längerem über die wirtschaftlichen Prüfberichte der Freien Bühnen Wiesbadens (Thalhaus, Pariser Hoftheater, Velvets). Dieser liegt den Fraktionen jedoch immer noch nicht vor. Angesichts des Umstandes, dass in den Ausschussberatungen des Finanz- und Wirtschafsausschusses für die Freien Bühnen eine Gegenseitige Deckung vorgesehen wurde, ist es unabdinglich, den Fraktionen die Prüfberichte vorzulegen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) unverzüglich die vorhandenen Prüfberichte über die Wirtschaftlichkeit der Freien Bühnen den Fraktionen vorzulegen
- 2) und folgende Fragen zu beantworten:
- Was hat die Wirtschaftlichkeitsprüfung gekostet?
- Wann war die Prüfung abgeschlossen?

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 13. Juni 2012

4. 12-F-33-0076

Änderung des Stellenplans

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen CDU und SPD vom 04.06.2012-

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Die Stelle 133, Dezernat VII/Amt 21 (Bereich Gewerbesteuer) wird mit Wirkung zum 01. Oktober 2012 von der Besoldungsgruppe A 14 nach A 15 angehoben.

Die Tagesordnungspunkte 5 bis 8.1 wurden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurück gestellt:

5. 12-V-11-3001 DL 12/12-5

Stellenplan 2012 / 2013

6. 11-A-02-0008 DL 12/12-1

Haushaltsansatz für die Kostenstellen "Amt der Stadtverordnetenversammlung", "Fraktionen" und "Stadtverordnetenversammlung" für den Doppelhaushalt 2012/2013

7. 12-V-66-0204 DL 11/12-6

Platz der deutschen Einheit - Stadtplatz

8. 12-V-41-0013 DL 17/12-5

Mietkostenzuschuss für den Verein Kunstarche e.V.

8.1 12-V-41-0015 DL 19/12-7

Unterbringung Verein Kunstarche im Gebäude "Im Rad 42"

9. 12-V-20-0005 DL 17/12-2, 13/12-1

Entwurf Haushaltsplan 2012/2013 - Beschluss der Haushaltssatzung

Die Beratungsunterlagen werden nachgereicht.

- 10. Bericht des Oberbürgermeisters zur aktuellen Haushaltssituation
- 11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 12-V-01-0010 DL 21/12-1

Gleichstellung der Vergünstigungen für Inhaber Jugendleiter-Card (JULEICA) mit den Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamts-Card

2. 11-V-04-0009 DL 18/12-2

Sanierung der Fußwegeverbindung zwischen Nerostraße und Lehrstraße (Bergelchen)

3. 12-V-05-0006 DL 21/12-2

Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2012

4. 12-V-07-0006 DL 21/12-3

Fortführung des Sicherheitskonzeptes für den Kulturpark, sowie des sozialpädagogischen Konzeptes des Amtes für Soziale Arbeit

5. 12-V-10-0010 DL 18/12-3

Freigabe von Mitteln des Hauptamtes für Maßnahmen im 2. Halbjahr 2012

6. 12-V-12-0003 DL 18/12-5

Wiesbaden - Netzwerk der Wissenschaft - Projekt: Studi Tag

7. 12-V-12-0006 DL 21/12-4

Einreichung des Antrages zur Aufnahme in die nationale Tentativliste beim Land Hessen und weitere Mitarbeit an einer transnationalen seriellen Bewerbung als Weltkulturerbe

8. 12-V-20-0022 DL 19/12-1

Produktivnahme eAkten bei der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Ämtern 21 und 51; Erweiterung der Projektarbeiten um Organisationseinheiten mit Querschnittsaufgaben

9. 12-V-30-0007 DL 21/12-6

Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden; Verlängerung der Geltungsdauer

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 13. Juni 2012

10. 12-V-36-0004 DL 19/12-3

Mittelfreigabe Altablagerung Mühltal vorab der Beschlussfassung zum Haushalt 2012/2013

11. 12-V-36-0011 DL 21/12-7

Einführung einer Umweltzone - Darstellung der Kosten

12. 12-V-40-0001 DL 18/12-8

Gemeinschaftsinitiative Schule@Zukunft - Bilaterale Vereinbarung 2012-2014

13. 12-V-40-0018 DL 19/12-4

Reinigung und Ganztag in der Hermann-Ehlers-Schule, der Helene-Lange-Schule, der IGS Kastellstraße und der Alexej-von-Jawlensky-Schule

14. 12-V-40-0021 DL 19/12-5

Vorabfreigabe von investiven Haushaltsmitteln - Diltheyschule -

15. 12-V-40-0022 DL 19/12-6

Prioritätenliste Schulbau und Schulentwicklung

16. 12-V-41-0014 DL 21/12-8

Vorabfreigabe 2012 Bereich Kultur 3. Quartal 2012

17. 12-V-51-0006 DL 21/12-9

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 80 zusätzlichen Krippenplätzen (und 60 Elementarplätzen) in 5 Kindertagesstätten

18. 12-V-51-0015 DL 18/12-9

Wohnungsbauprogramm 2011, Ausführungsvorlage

19. 12-V-51-0016 DL 18/12-10

Freigabe von Projektmitteln für die Jugendarbeit

20. 12-V-51-0017 DL 18/12-11

Kinderschutzbund Wiesbaden e. V., Erhöhung des Leistungsentgeltes für die Kindertagesstätten

21. 12-V-51-0018 DL 18/12-12

Nachbarschaftshaus Wiesbaden, Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Kindertagesstätte

22. 12-V-51-0022 DL 18/12-13

u3-Ausbauprogramm 35/48; befristetete personelle Ausstattung

23. 12-V-52-0002 DL 19/12-8

Investitionszuschuss zur Errichtung eines Hockey-Kunstrasens für den Deutschen Hockey Club Wiesbaden und Übernahme der Bürgschaft Nr. 586

24. 12-V-52-0003 DL 18/12-15

Nutzungsvertrag BRITA-Arena - 3. Nachtrag

25. 12-V-61-0005 DL 18/12-16

Dachgestaltungssatzung für den Ortsbezirk Auringen

26. 12-V-61-0013 DL 18/12-17

Rheinuferentwicklungskonzept Mainz-Wiesbaden

27. 12-V-67-0001 DL 18/12-18

Einplanung, Freigabe und Genehmigung von IM-Mitteln im Produkt Baumpflege zur Ersatzpflanzung von Bäumen und Herstellung von Baumgruben im Herbst 2012

28. 12-V-67-0005 DL 18/12-19

Einplanung, Freigabe und Genehmigung von Mitteln für den Bau von Urnenwänden und die Beschaffung von Orgeln auf den Wiesbadener Friedhöfen

29. 12-V-80-0001 DL 20/12-1

Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

30. 12-V-80-0002 DL 19/12-12

Wiesbaden der Gesundheitsstandort

31. 12-V-80-8005 DL 19/12-13

Dritte Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?"

32. 12-V-80-8006 DL 19/12-14

Exina - Bericht zur wirtschaftlichen Situation

Nicht öffentliche Beratung:

33. 12-V-01-0001 DL 20/12-1 NÖ

Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte im Bereich des Justiz- und Verwaltungszentrums Wiesbaden, Konradiner Allee; Information über das Ergebnis des Vergabeverfahrens

34. 12-V-20-0025 DL 18/12-1 NÖ

Anpassung des WiBau Gesellschaftsvertrages

35. 12-V-20-0032 DL 19/12-3 NÖ

Bürgschaft

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 13. Juni 2012

36. 12-V-20-0034 DL 19/12-4 NÖ

Bürgschaft

37. 12-V-80-2307 DL 21/12-1 NÖ

Geplantes Wohngebiet "Eichen" - Vorbereitung der Planung -

38. 12-V-80-2308 DL 18/12-4 NÖ

Verkauf von Grundstücken

39. 12-V-80-2312 DL 19/12-6 NÖ

Verzeichnis der vom 1. Januar 2012 bis 31. März 2012 genehmigten Grundstücksvorlagen

40. 12-V-80-2313 DL 19/12-7 NÖ

Verkauf von Gewerbegrundstücken

41. 12-V-80-2314 DL 19/12-8 NÖ

Gewerbegrundstücke

42. 12-F-03-0070 DL 19/12-1 NÖ

Veräußerung der Rhön AG an die Fresenius

43. 12-V-80-2315 DL 19/12-9 NÖ

Verkauf eines Grundstücks in Biebrich

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Horschler Vorsitzender